

Geht die nächste Revolution von Lateinamerika aus?

Imperialismus und kapitalistische Weltwirtschaft – G8/IWF/Weltbank/WTO/rechte und linke Freihandelszonen

Der Kapitalismus hat sich vorerst weltweit durchgesetzt.

Alle Länder der Welt sind den Prinzipien des kapitalistischen Weltmarkts unterworfen. Der Zwang zur Profitmaximierung ist verantwortlich für die Ausbeutung der Menschen und für die Zerstörung der Natur. Die Weltwirtschaft wird dominiert von den kapitalistischen Zentren USA, EU-Europa und Japan, in ihnen und von ihnen aus agiert das produktivste Kapital und diktiert die Bedingungen des Weltmarkts.

IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank

IWF und Weltbank sind imperialistische (ökonomische) Instrumente der kapitalistischen Zentren und insbesondere des US-Imperialismus, um die Staaten des Trikonts* für die Verwertungsinteressen des Kapitals zuzurichten.

IWF (»Internationaler Währungsfonds«) und Weltbank (»Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung«) werden auch unter dem Begriff Bretton-Woods-Institutionen (BWI) zusammengefasst, da ihre Gründung auf der »United Nations Monetary and Financial Conference« im Juli 1944 in Bretton Woods (USA) beschlossen wurde.

Nach der Weltwirtschaftskrise der 1920er Jahre suchten die Herrschenden nach Möglichkeiten, dem Kapital weltweit stabile Verwertungsbedingungen zu schaffen. Insbesondere das US-Kapital drängte auf eine Erweiterung seines Handlungsraums weltweit. Die USA wurde, nachdem sie sich 1776 von kolonialer Abhängigkeit befreit und 1787/88 als Nationalstaat konstituiert und sich durch den Kauf Louisianas von Frankreich 1803 bereits vergrößert hatte, Mitte des 19. Jahrhunderts selbst eroberisch, konnte ihr Staatsgebiet erweitern und entwickelte sich in den beiden auf die Unabhängigkeit folgenden Jahrhunderten zu einem kapitalistischen Zentrum.

Im Gegensatz zur Behäbigkeit des britischen Kapitals, das durch die Ausbeutung der Kolonien im britischen Empire Extraprofite anhäufen konnte, und dadurch der Zwang zur schnellen Produktivkraftentwicklung nicht gegeben war, erreichte das US-Kapital aufgrund der Produktivkraftentwicklung in den USA nach dem 1. Weltkrieg eine überlegene industrielle Produktion. Im Lauf des zweiten Weltkriegs lösten die USA die bisherige Vorherrschaft der zerfallenden Kolonialreiche Frankreichs und insbesondere Großbritanniens auf dem

* die drei unterentwickelt gehaltenen Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika

Weltmarkt endgültig ab. Ziel der USA war es, mittels kapitalistischer Durchdringung mit Hilfe des Freihandels an Stelle militärischer Eroberungen, weltweite Verwertungsbedingungen zu schaffen, die ein weltumspannendes Kolonialreich überflüssig machten, über das die USA nicht verfügten. Ziel war, die dekolonisierten Länder und neu entstehenden Nationalstaaten nicht militärisch, sondern mit der «Politik der offenen Tür» (»Open-Door-Policy«), zu unterwerfen (»informal empire«) und gleichzeitig den während des zweiten Weltkriegs teilweise zerstörten kapitalistischen Zentren beim kapitalistischen Wiederaufbau zu helfen und damit ein »Bollwerk gegen den Kommunismus« zu errichten.

Die Märkte in den Trikontstaaten sollten durch die Zufuhr von Kapital in Form von Krediten erschlossen werden. Es ging um den Zugang und die Sicherung zu und von Rohstoffquellen, um Absatzmärkte und Kapitalanlagemöglichkeiten. Aufgabe der Weltbank war die Vergabe von Krediten für kapitalistische Entwicklungsvorhaben und die Absicherung von Kapitalexporten, die aus den kapitalistischen Zentren in den Trikont gehen. Um die Märkte offen zu halten und um Protektionismus zu verhindern, der durch Wechselkursschwankungen in der Vergangenheit begünstigt worden war, kam dem IWF die Funktion zu, feste Wechselkurse zu garantieren. Grundlage dafür war die Anbindung an den US-Dollar bzw. die Umtauschbarkeit der neuen Weltwährung US-Dollar gegen Gold aus den großen Goldreserven der USA.

Nachdem der Wiederaufbau der kapitalistischen Strukturen in Westeuropa weniger durch von der Weltbank gewährte Kredite als vielmehr durch die bilateralen Hilfen der USA des so genannten Marshallplanes erfolgten, gewann die Tätigkeit der Weltbank an Dynamik in den 1970er Jahren im Rahmen der Vergabe von Krediten an die Länder des Trikont. Aufgrund der ökonomischen Entwicklung war genügend freies Kapital aufgehäuft worden, um es international zu investieren. Die Weltbank finanzierte und finanziert als Instrument der zunehmenden Internationalisierung der kapitalistischen Produktionsweise hauptsächlich kapitalintensive Großprojekte, mit denen eine kapitalismuskonforme Infrastruktur der dem Weltmarkt unterworfenen Länder errichtet werden sollte. Dadurch sollte der Warenexport vorwiegend von Rohstoffen und Agrarprodukten in die kapitalistischen Zentren erleichtert werden.

Die mit den Krediten und Projekten verbundene Illusion einer so genannten »nachholenden Entwicklung« führte die Trikontstaaten in eine aussichtslose Verschuldungsspirale und-krise, die durch steigende Zinsen Anfang der 1980er Jahre zusätzlich angeheizt wurde. 1973 war das in Bretton Woods gegründete System fester Wechselkurse endgültig zusammengebrochen, nachdem die USA 1971 aufgrund ihrer schwindenden Goldreserven die Umtauschbarkeit des Dollars in Gold aufgekündigt hatten. Die so genannte »nachholende Entwicklung« ist der Versuch einer nicht möglichen kreditfinanzierten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals, letztlich ein Hirngespinnst des Keynesianismus.

Die irreführende Theorie des Keynesianismus ist dem unbedingten sozialdemokratischen Interesse geschuldet, bei dem Versuch, die Lebensbedingungen zu verbessern, bewaffnete Konfrontationen mit dem Kapital zu vermeiden. Gleichzeitig ist das keynesianistische Versprechen einer – tatsächlich unmöglichen – kreditfinanzierten nachholenden kapitalistischen Entwicklung ein antikommunistisches Programm, das verhindern sollte, dass Trikontstaaten unter den Einfluss der Sowjetunion gerieten.

Die Attraktivität keynesianistischer Ideen für viele sich links verstehende Menschen in den kapitalistischen Zentren zunehmend zum Ende der 1970er Jahre hing damit zusammen, dass zu dieser Zeit die Aussicht auf eine Revolution in den kapitalistischen Zentren vorerst gescheitert war.

Angesichts der Schuldenkrise der Trikontstaaten übernahm der IWF die Rolle des internationalen Finanzpolizisten, indem er Kredite für in Zahlungsschwierigkeiten geratene Länder nur gegen menschenverachtende Auflagen gewährte. Von der IWF-Politik profitieren die Gläubiger, da den Schuldnerländern die für das nationale Kapital und staatliche Schuldner möglicherweise befreiende Wirkung eines Bankrotts versagt bleibt. Die Kapitalaneignung der Gläubiger sollte aufrecht erhalten und mit neuen Zinsverpflichtungen der IWF zusätzlich finanziert werden.

Seit den 1980er Jahren knüpfen der IWF und die Weltbank ihre Kredite an harsche Auflagen, die Staat und Ökonomie der Trikontstaaten der kapitalistischen Verwertungslogik ungehindert ausliefern sollen. Der IWF verordnete sogenannte Stabilisierungsprogramme, die hauptsächlich die Finanz- und Haushaltspolitik betreffen (z. B. Abwertung der Währung und öffentlicher Sparzwang) und kurzfristig die Zahlungsbilanz ausgleichen sollten. Der Weltbank kommt die Aufgabe zu, den verschuldeten Ländern sogenannte Strukturanpassungsprogramme aufzuzwingen, die die gesamte Ökonomie der Trikontstaaten betreffen (z. B. den Zwang zur Exportorientierung der Wirtschaft). Die von IWF und Weltbank erzwungenen Maßnahmen sind gleichbedeutend mit einer ungehemmten kapitalistischen Ausbeutung und besonderen sozialen Grausamkeiten.

Die erzwungene weitere Öffnung der Märkte der betroffenen Länder und der von IWF und Weltbank verordnete Sparzwang für den Staat hat existentiellen Charakter für die Bevölkerung und führt unter anderem zur Zerrüttung der rudimentären sozialen Sicherungssysteme, zur Aufgabe bildungspolitischer Maßnahmen und zur Abschaffung von Lebensmittelsubventionen. Alles was in der Haushaltspolitik der Verbesserung der Lebensbedingungen, vor allem der armen Menschen dient, und damit nicht im direkten Interesse des Kapitals ist, steht zur Disposition, weil damit der betreffende Staat über seine kapitalistischen Verhältnisse gelebt hatte.

Die Stimmverteilung in der Weltbank und im IWF orientiert sich im Wesentlichen an der wirtschaftlichen Stärke der beteiligten Nationalstaaten und an deren finanziellen Beiträgen zur Füllung der IWF-Taschen. Die kapitalistischen Zentren besitzen damit eine überragende Machtfülle in den beiden Institutionen. Zusammen hatten die so genannten G8-Staaten 2006 im IWF 47,32 % der Stimmen (USA 16,83 %, Japan 6,04 %, BRD 5,90 %, Frankreich 4,87 %, Großbritannien 4,87 %, Italien 3,21 %, Kanada 2,90 % und Russland 2,70 %). Die 80 Länder mit den wenigsten Stimmen haben gemeinsam gerade einmal 3,31 % der Stimmen. In der Weltbank hatten die USA 2006 15,01 %, Japan 4,23 %, die BRD 4,21 %, Frankreich 4,04 %, Großbritannien 4,04 %, Kanada 2,51 % und Russland 2,65 % der Stimmen. Da für wichtige Beschlüsse des IWF und der Weltbank 85 % der Stimmen erforderlich sind, haben die USA ein faktisches Vetorecht.

Die Weltbank gab inzwischen den Versuch auf, sich ein besseres Image zu verpassen. Sie hält es nicht mehr für nötig, sich mit einer eigenen Umwelta Abteilung zu schmücken, die sie daher wieder abgeworfen hat.

Die Geschichte der Weltbank und des IWFs ist bislang eine (Erfolgs-)Geschichte der Zerstörung und Verwüstung der Welt unter dem kapitalistischen Zwang der Profitmaximierung und der Zurichtung aller Winkel der Erde für die kapitalistische Barbarei. In jede Pore wird die Verwertung vorangetrieben, die gesamte kapitalistische Peripherie dem Ausplünderungsprozess geöffnet.

GATT/WTO

In der WTO (World Trade Organization) regeln die kapitalistischen Zentren den Freihandel auf dem Weltmarkt zu ihren Gunsten. Die WTO dient der Durchsetzung insbesondere der Interessen des am weitesten vorangeschrittenen Kapitals und am stärksten konzentrierten Kapitals. Ihre Aufgabe ist die Anpassung der Handelsbedingungen an die Veränderungen innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise, sie dient der imperialistischen Durchdringung, kapitalistischen Inwertsetzung immer neuer Räume und Ressourcen.

Die WTO hat die Funktion, auf der einen Seite die Märkte der unterentwickelt gehaltenen Länder und sich entwickelnder Regionalmächte für Waren, Dienstleistungen und den Kapitalexpert der kapitalistischen Zentren immer weiter zu öffnen – z. B. durch das Verbot von Schutzzöllen und Subventionen – um Extraprofiten realisieren zu können und um die nationalstaatliche Souveränität der ausgebeuteten Länder zu untergraben. Sie ist Teil der imperialistischen Weltordnung.

Andererseits verhindern die kapitalistischen Zentren in der WTO, dass sie die von ihnen gegen konkurrenzfähige Waren aus dem Trikont aufgebauten Handelshemmnisse aufgeben müssen. Die kapitalistischen Zentren schotten sich durch Privilegien gegen die Konkurrenz aus dem Trikont ab. Sie tun das, indem sie ihre Produkte subventionieren, sobald konkurrierende Produkte im Trikont billiger produziert werden und der Weltmarktpreis unter den Produktionskosten dieser Waren in den kapitalistischen Zentren liegt. Das betrifft insbesondere Agrarprodukte aus dem Trikont, vor denen die kapitalistischen Zentren ihre heimischen Märkte und Kapitalfraktionen mit Agrarsubventionen und Exportsubventionen »schützen«. Durch diese Eingriffe des ideellen Gesamtkapitalisten, des Staates, werden die betreffenden Waren wettbewerbsfähig gemacht. Wenn die kapitalistischen Zentren Handelshemmnisse abbauen, dann in den Branchen, in denen begehrte Rohstoffe aus dem Trikont exportiert werden, und wenn Konzerne aus den kapitalistischen Zentren im Trikont für den Export produzieren.

Der wesentliche Unterschied vom GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) vor und der WTO seit 1995 ist, dass innerhalb der WTO den regionalen Wirtschaftsblöcken bzw. Freihandelszonen, insbesondere der EU und der NAFTA (North American Free Trade Agreement) Rechnung getragen wird. Auf der einen Seite genießen die innerhalb dieser Wirtschaftsblöcke bzw. Freihandelszonen und für ihre Binnenmärkte getroffenen Vereinbarungen zunächst den Schutz der WTO. Von der so genannten Meistbegünstigungsklausel der WTO, nach der jeder Handelsvorteil, den ein Mitgliedsland einem anderen gewährt auch allen anderen Mitgliedsländern eingeräumt werden muss, sind die innerhalb der Blöcke geltenden Sonderregelungen nicht erfasst. Andererseits soll gerade die WTO dazu dienen, einen angeblichen Interessensausgleich zu schaffen, wenn es darum geht, den Freihandel zwischen Ländern, die unterschiedlichen Blöcken angehören aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen. Der weltumfassende freie Handel ist angesichts der kapitalistischen Realität pure Ideologie, die niemals Wirklichkeit werden kann, solange Kapitalismus herrscht. Die Ungleichzeitigkeit kapitalistischer Entwicklung und die Widersprüche, die sich aus der kapitalistischen Konkurrenz ergeben, fördern die Profitmaximierung. Es geht um das Interesse des jeweils stärksten, produktivsten Kapitals, sich mit dem Verbot von Schutzzöllen und Subventionen den freien Zugang zu »fremden«, internationalen Märkten einen Extraprofit zu sichern, um damit anschließend den nächsten Zyklus kapitalistischer Akkumulation anzukurbeln. Daher spielt auch die Frage, wie lange Patente gültig sind und das sogenannte Recht auf geistiges Eigentum eine entscheidende Rolle bei den Vorstellungen, die die staatlichen VertreterInnen der kapitalistischen Zentren bei den WTO-Verhandlungen im Auftrag ihres nationalen Kapitals zu vertreten haben.

Da bei der WTO, anders als beim IWF und der Weltbank, jedes Mitglied eine Stimme hat und in der Regel Konsensentscheidungen gesucht werden, haben hier Trikontstaaten wenigstens die Chance, bestimmte Entscheidungen zu blockieren und nachteilige Verhandlungsverläufe zum Scheitern zu bringen, wenn sie sich in wechselnden Koalitionen zusammenschließen.

Um den Forderungen der kapitalistischen Zentren wirksamer entgegen treten zu können, gründeten Trikontstaaten zunächst zum Themenkreis Landwirtschaft auf der WTO-Tagung in Cancún 2005 die drei informellen Gruppierungen G 20, G 33 und G 90 mit einer sich zum Teil überschneidenden Zusammensetzung. Die Zuordnung zu den Gruppen ergibt sich aus unterschiedlichen Interessen. Den größten Einfluss bei den Verhandlungen mit den kapitalistischen Staaten hat die G 20, der als Führungsnationen Brasilien gefolgt von China, Indien und Südafrika angehören.

G8-Treffen/Gipfeltreffen der Herrschenden

Die G8-Treffen sind keine reale Entscheidungsinstanz, sondern Inszenierungen der Herrschenden, »Machtdemonstrationen«, die rufen: »Wir beherrschen die Welt«.

Der reale Hintergrund dabei ist: Die ideellen Gesamtkapitalisten der kapitalistischen Zentren, vertreten durch die Regierungschefs, geben dort bestenfalls den neuesten Stand der Widersprüche ihrer konkurrierenden Positionen bekannt. Durch die Ansammlung der höchstrangigen politischen VertreterInnen der herrschenden Klasse sind die G8-Gipfel Kristallisationspunkte für symbolischen Widerstand/symbolische Gegenmacht. Sie rufen Gegendemonstrationen hervor, die im besten Fall Sand im Getriebe der Treffen sind (z. B. Blockaden), was inzwischen durch massive Abschottungsmaßnahmen der Herrschenden bei den Gipfeln unterlaufen wird. Gleichzeitig verbannen sich die Herrschenden damit aber in eine auch durch Widerstand erzwungene zeitweilige Isolation. Unter den heutigen Rahmenbedingungen des so genannten »Antiterrorkrieges« wird nicht mehr wie früher das »Bad in der Menge« genommen. Es bedarf einer anderen Strategie zur Vermittlung von Herrschaft, die vermeintliche Nähe der politischen VertreterInnen des Kapitals zu den Beherrschten wird mit einem streng ausgewählten Publikum inszeniert.

(rechte) Freihandelszonen = imperialistische Freihandelszonen

Beim »klassischen« Ansatz der Freihandelszone dient sie dem fortgeschrittensten Kapital zur Durchsetzung seiner Kapitalverwertungsinteressen. Die Freihandelszonen sollen Extraprofite für das produktivste Kapital durchsetzen.

Ein Beispiel für eine Freihandelszone, die dazu dient den kleineren Partner, in diesem Fall Mexiko, einzumachen, ist die NAFTA (North American Free Trade Agreement). Gleichzeitig wurde mit der NAFTA der Einfluss der EU auf Mexiko zu Gunsten der USA stark zurückgedrängt. Die EU ist ein Beispiel für einen symbiotischen Zusammenschluss von Staaten, die mit der Freihandelszone auch ein gemeinsames imperialistisches Interesse verbinden.

Freihandelszonen bzw. Abkommen gegen die kapitalistischen Zentren, deren Grundlage die Zerstörung bzw. Nichtanerkennung sozialer und demokratischer Menschenrechte ist ebenso wie die nahezu grenzenlose Ausbeutung und Naturzerstörung

China, Russland, Indien:

China ist ein Beispiel für den Versuch, ein kapitalistisches Zentrum zu werden. China hat mit seinen Sonderwirtschaftszonen in Shanghai und Hongkong eine erfolgreiche interne Freihandelszone aufgebaut und besitzt gegenüber imperialistischen Anfeindungen ein vermeintliches atomares Schutzschild, das durch die Modernisierung des Militärapparates und die Ausrichtung der Armee auf eine flexible internationale Interventionsfähigkeit ergänzt wird.

Nach dem Öffnen der bürokratischen Kommandowirtschaft entwickelte China sich mehr und mehr zu einem staatlich gelenkten Kapitalismus. Das riesige Land hat jedoch nur in Teilen des Landes eine entwickelte Infrastruktur. Die enorme soziale Ungleichheit erzeugt ständig regionale Rebellionen, die mit staatlichen Repressionen niedergeschlagen werden. Tote werden dabei in Kauf genommen. Die Zerstörung der Natur hat katastrophale Ausmaße.

Die Steinkohle, die den Hauptanteil bei der Energieproduktion in China hat, wird unter oft tödlichen Arbeitsbedingungen abgebaut. Kohle hat einen Anteil am Energieverbrauch Chinas von knapp 58 Prozent, der Anteil an der elektrischen Energie beträgt rund 80 Prozent. China baut ein Kohlekraftwerk nach dem anderen.

Um seinen immer weiter wachsenden Energiebedarf zu decken, setzt China auf die Sicherung des Zuflusses von Erdöl (hauptsächlich für den Transportsektor) und auf den Ausbau der Destruktivkraft Atomenergie. In Betrieb sind bisher 9 Atomkraftwerke. Geplant ist der Bau von 30 bis 40 neuen Atomkraftwerken in den nächsten 15 Jahren. Mit Australien vereinbarte China die Lieferung von jährlich 20 000 Tonnen Uran ab dem Jahr 2010, ausreichend für mindestens 50 Atomkraftwerke. Bislang hat China mit seinen Atomkraftwerken eine Kapazität von 7 000 Megawatt, das entspricht 1,6 Prozent der Elektrizitätskapazität des Landes.

Daneben nutzt China Wasserkraft an riesigen Staudämmen und setzt auch auf den Einsatz regenerativer Energiequellen wie der Windkraft. Im Energieplan Chinas ist vorgesehen, in den nächsten Jahren genausoviel Windkraft wie Atomkraftkapazitäten neu zu schaffen.

Um seine stark wachsende Wirtschaft mit Rohstoffen versorgen zu können, verfolgt China vielfältige Kooperationen und ist in Afrika auf ökonomischem Expansionskurs. China investiert und gewährt Kredite ohne die ruinösen Auflagen für die Schuldnerländer im Trikont, wie sie der IWF oder die Weltbank verordnen. Das macht das chinesische Engagement für Schuldnerländer im Trikont attraktiv und wird von IWF und Weltbank als unverantwortlich kritisiert. China finanziert in Afrika Infrastrukturmaßnahmen, um den Abtransport von Rohstoffen für die eigene Wirtschaft zu ermöglichen bzw. kostengünstiger durchführen zu können. Im Mittelpunkt stehen dabei die Transportwege von den Rohstoffstätten im Westen und in der Mitte Afrikas zu den Häfen Ostafrikas. China stellt allerdings auch Bedingungen, Bauaufträge für chinesische Firmen und zuverlässige Lieferungen der verhandelten Menge von Rohstoffen, insbesondere Öl.

Das chinesische Ministerium für Handel und Äußeres gab 2004 einen Leitkatalog für chinesische Auslandsinvestitionen heraus, in dem fast 70 Länder und Regionen genannt

werden, in denen bevorzugt investiert werden soll. Firmen, die entsprechend dieser Vorgaben im Ausland aktiv werden, bekommen bevorzugt die nötigen Genehmigungen und von den staatlichen Banken großzügige Finanzierungshilfen. Dabei handelt es sich vorwiegend um staatliche, aber auch um private Konzerne/Firmen. Von den 500 größten chinesischen Konzernen unterstehen 349 der Zentralregierung, 87 Konzerne sind privat und die übrigen werden von Provinzregierungen oder lokalen Behörden kontrolliert.

China verfolgt eine weltweite Strategie zur Sicherung von Rohstoffressourcen gegen die kapitalistischen Zentren.

China importiert aus dem Sudan, aus Nigeria und aus Angola Erdöl, aus Sambia Kupfer, aus der Demokratischen Republik Kongo Kupfer und Kobalt, aus Australien neben dem Uran bereits Eisenerz, Kohle und Erdgas. Von Kasachstan fließt seit Mai 2006 Rohöl aus dem Gebiet um das Kaspische Meer durch eine Pipeline nach China, das bisher per Eisenbahn und per Schiff geliefert wurde. Der Plan, dass China mit einer Pipeline nach Daqing im Nordosten Chinas direkt an das russische Pipelinenetz angeschlossen wird, konnte von der chinesischen Regierung noch nicht verwirklicht werden ebenso wie die Möglichkeit, dass der russische Pipeline-Staatskonzern Transneft eine Abzweigung der ostsibirischen Pipeline, die nach ihrer Fertigstellung Öl für Japan an die russische Küste nach Nachodka pumpen wird, nach Daqing baut.

Aus dem Iran erhält China Erdöl und Erdgas. Von Venezuela, dem fünftgrößten Erdöl-exporteur der Welt, hat China, der inzwischen zweitgrößte Importeur von Erdöl, den Auftrag für die Lieferung von 18 Öltankern und 12 Bohrinselfen. Venezuela will im Gegenzug seine Öllieferungen von derzeit 70 000 bis 100 000 Barrel pro Tag verdoppeln. Aus Peru importiert China Gold, Silber, Kupfer und Zink, aus Chile, mit dem China im August 2006 ein Freihandelsabkommen schloss, wird Kupfer geliefert. Chile hat zwei Fünftel der Kupferweltreserven, China ist der weltweit wichtigste Importeur dieses Metalls. Aufgrund des Freihandelsabkommens sind 92 Prozent aller Exporte Chiles nach China zollfrei, Chile verzichtet dafür bei der Hälfte der Importe aus China auf Einfuhrzölle.

Mit dem südostasiatischen Regionalverbund Asean (Association of Southeast Asian Nations: Indonesien, Singapur, Malaysia, Thailand, Myanmar, Laos, Kambodscha, Vietnam, Philippinen, Brunei) hat die chinesische Regierung eine Freihandelszone verabredet, die ab 2010 bis 2015 mit allen ASEAN-Staaten verwirklicht werden soll.

Relativ gute Voraussetzungen, sich zu einem kapitalistischen Zentrum entwickeln zu können, hat noch **Russland**. Neben dem vermeintlichen atomaren Schutzschild und der nach wie vor bestehenden militärischen Stärke bieten vor allem die großen eigenen Energiereserven Russlands eine unabhängige Grundlage für eine weitere staatlich gelenkte kapitalistische Entwicklung.

Die USA wahren ihre geostrategischen Interessen in Asien durch ihre militärische Präsenz in Afghanistan, Pakistan und Kirgisien, ein wesentlicher Grund auch für den Krieg in Afghanistan. Mit der Mongolei strebt die US-amerikanische Regierung eine militärische Kooperation an. Die USA haben eine strategische Partnerschaft mit der regionalen Atommacht Indien und vereinbarten im März 2006, sowohl so genannte zivile Atomtechnologie als auch Uran nach Indien zu liefern, obwohl Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben hat und daher bisher kein Staat Uran an Indien liefern durfte.

Die in bürgerlichen Medien immer wieder verbreitete Auffassung, **Indien** könne sich in den nächsten Jahrzehnten zu einem kapitalistischen Zentrum entwickeln, ist jedoch eine Fehleinschätzung.

Indiens am weitesten entwickeltes und auf dem Weltmarkt konkurrenzfähiges Kapital tummelt sich fast ausschließlich in der Softwarebranche. Das allein wird nicht ausreichen dafür, dass sich Indien zu einem kapitalistischen Zentrum entwickeln kann.

Indien ist bestimmt durch extreme Widersprüche. Gerade einmal 1,3 Millionen der 400 Millionen Lohnabhängigen sind in den Bereichen (Kommunikations- und) Informationstechnologie und Büroorganisation beschäftigt, aus denen Indiens so genannte New Economy besteht. Mehr als 60 Prozent der Lohnabhängigen arbeitet in der Landwirtschaft, unter 20 Prozent in industriellen Branchen. In den Städten hat sich eine kleine urbane Mittelschicht von wenigen Millionen gebildet. Von über einer Milliarde InderInnen leben um 700 Millionen noch immer auf dem Land. Die Lage dort ist katastrophal. In den Dörfern herrscht Trinkwassermangel, Missernten, Verschuldung und die Untätigkeit der Regierung haben Zehntausende von BäuerInnen in den Selbstmord getrieben, immer mehr Menschen verhungern. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen des Landes beträgt 728 Dollar und liegt damit nur knapp über jenem Afrikas südlich der Sahara. In Lateinamerika ist es sechsmal so hoch. Auf der Rangliste des »Development Project« der Vereinten Nationen steht Indien auf Platz 127, mehr als 70 Plätze hinter Kuba und Mexiko. 2,5 Millionen Kinder sterben jedes Jahr in Indien. Selbst von einem einheitlichen Staatsgebiet ist Indien inzwischen entfernt. Die Zentralregierung hat sich aus der Versorgung und Verwaltung weiter Teile der ärmsten und am meisten bevölkerten Staaten Indiens zurückgezogen. Große Teile Indiens werden von den militanten kommunistisch-maoistischen NaxalitInnen kontrolliert, abgelöst vom Einfluss der Zentralregierung.

Afrika

Die historisch bedingte Zersplitterung durch Kolonialismus und Sklavenhandel als Folge der ursprünglichen kapitalistischen Akkumulation und die direkte staatliche und militärische Einflussnahme der ehemaligen europäischen Kolonialmächte lähmt die Ökonomie. Die afrikanischen Länder sind unorganisiert und dem Weltmarkt zu den Bedingungen der kapitalistischen Zentren völlig unterworfen. China tritt in Afrika als Konkurrent der kapitalistischen Zentren auf. Ob die chinesische Kreditpolitik, ohne die unsozialen und naturzerstörerischen Auflagen des IWF, die Entfaltung der kapitalistischen Produktion in Afrika fördern wird, ist offen. Das Interesse Chinas ist, imperialistische Einflussnahme zur Sicherung seiner Rohstoffinteressen.

Es gibt besonders im Afrika südlich der Sahara in fast allen Ländern mehr oder weniger massive Konflikte, die im Zusammenhang mit der Kontrolle über die Rohstoffe stehen. Der Norden Afrikas ist Teil eines »islamischen Gürtels«, der sich vom Iran und den arabischen Staaten über Ägypten bis Marokko zieht. Er findet auch südlich der Sahara seine Fortsetzung. Die Länder Sudan und Nigeria sind jeweils gespalten in einen »islamischen« Norden und einen »christlichen« Süden. Die mit religiösen Begründungen ausgetragenen Konflikte haben ökonomische Hintergründe – im Süden der Länder sind unter anderem die Erdölvorkommen.

Die Instabilität, das organisierte »Chaos« in Afrika ist im Interesse der kapitalistischen Zentren. Werden Länder von den Regierungen aus den kapitalistischen Zentren als »gescheiterte Staaten« eingestuft, wird eine Militärintervention als legitim bzw. notwendig erachtet.

Linke Freihandelszone

Seit 1998 hat in Venezuela ein Demokratisierungsprozess begonnen. Venezuela hat eine neue Verfassung mit Elementen direkter Demokratie, allerdings auch mit einer gestärkten Rolle des Präsidenten. Die politische Strömung um den neuen Präsidenten Hugo Chávez hat diese Verfassung durchgesetzt. Die Ideologie dieser Strömung ist weniger an der Kritik der politischen Ökonomie Karl Marx' orientiert, sondern mit der starken Bezugnahme auf den Unabhängigkeitskampf Simon Bolívars zu Beginn des 19. Jahrhunderts eher sozialromantisch oder frühsozialistisch geprägt. Der Versuch eines »Sozialismus des 21. Jahrhunderts« ist nur ein Schlagwort. Es geht lediglich um mehr oder weniger soziale Gerechtigkeit im Kapitalismus – nicht um soziale Gleichheit – und darum, den imperialistischen Interessen des kapitalistischen Zentrums USA Grenzen zu setzen. Diese Strategie versucht, sozialdemokratische und basisorientierte Elemente zu vereinigen. Mit den Erlösen der venezolanischen Ölgesellschaft PDSVA werden soziale Programme finanziert, die den ärmsten Bevölkerungsteilen zu Gute kommen. Venezuela verfolgt eine von den USA und der EU unabhängige Außenpolitik. Besondere Beziehungen bestehen zu Kuba. Gemeinsam mit Kuba hat Venezuela als Gegenentwurf zur von den USA geplanten imperialistischen »Gesamtamerikanischen Freihandelszone« (ALCA – Área de Libre Comercio de las Américas bzw. Área de Livre Comércio das Américas bzw. oder FTAA – Free Trade Area of the Americas) die »Bolivarische Alternative für Amerika« (Alternativa Bolivariana para la América, ALBA) gegründet, der inzwischen auch Bolivien unter dem neuen Präsidenten Evo Morales beigetreten ist.

Die drei Länder schlossen einen »Handelsvertrag der Völker«, der vorsieht, dass die Zölle im Warenverkehr der drei Länder abgeschafft werden und Venezuela an Kuba und Bolivien Rohstoffe zu Vorzugskonditionen unabhängig vom Weltmarktpreis liefert.

Die Freihandelszone ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika) ist ein Element praktischen Antiimperialismus, um den Einfluss der kapitalistischen Zentren einzudämmen, die Grundlagen für eine soziale Umverteilung im Kapitalismus möglich zu machen, nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Eine Freihandelszone ist per se weder links noch rechts. Dennoch ist ALBA so etwas wie eine linke Freihandelszone, da gegenseitige Unterstützung und Förderung im Vordergrund stehen. Es handelt sich um den Versuch einer Tauschwirtschaft. Im Gegensatz dazu dient die rechte Freihandelszone der Durchsetzung der Interessen des produktivsten Kapitals. Die Pläne für eine Mauer zur Abschottung Mexikos von den USA innerhalb der Freihandelszone NAFTA sind ein Beispiel für die imperialistischen Beziehungen in der NAFTA (North American Free Trade Agreement).

Die Mercosur-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay sowie Venezuela haben die Gründung von ALCA/FTAA im November 2005 auf dem sogenannten 4. »Amerika-Gipfel« verhindert. Im Dezember 2005 ist Venezuela dem Freihandelsbündnis Mercosur beigetreten

und am 4. Juli 2006 als fünftes Vollmitglied aufgenommen worden. Der Mercosur (Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt des Südens) ist ein breites Bündnis von zurzeit sozialdemokratisch regierten Ländern.

In Brasilien machte die Regierung mit einem ehemaligen Linken, Lula, als Präsidenten eine unsoziale Politik unter dem Diktat des IWF. Argentinien mit Nestor Kirchner hat zwar seine völlige Unterwerfung verhindern können, sich aber keineswegs aus der Abhängigkeit vom IWF befreit. Erst Ende 2005 zahlten beide Länder ihre Schulden beim IWF vollständig zurück, haben aber weiter Schulden in den kapitalistischen Zentren. Anders als Argentinien versucht Brasilien seinen Schuldendienst vollständig zu leisten. Nachdem Lula im Oktober 2006 in einer Stichwahl mit großer Mehrheit wiedergewählt wurde, ist zu erwarten, dass die unsoziale und naturzerstörerische Sparpolitik seiner Regierung auch ohne die Direktiven des IWF fortgesetzt wird. Die sehr Armen, denen er schon zuvor Hilfen gewährt hatte, will er aber schonen, behauptete er.

Dennoch sind alle Länder, die gewisse Vorbehalte gegen eine völlige Unterwerfung unter das Diktat der kapitalistischen Zentren bewahren oder symbolisieren, wichtige Bündnispartner für die antiimperialistische Strategie Venezuelas.

Die Regierung Venezuelas ist im Allgemeinen bei der Wahl ihrer Mittel pragmatisch. Um genügend Stimmen für die Wahl Venezuelas als Nachfolger Argentiniens im Weltsicherheitsrat zusammen zu bekommen, verhandelte Chávez unter anderem auch mit Russland und mit dem Iran. Die Kandidatur Venezuelas war ein Machtkampf mit den USA, die wollten, dass Guatemala als nicht ständiges Mitglied gewählt wird. In 47 Abstimmungen hatte schließlich keines der beiden Länder die erforderliche Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Ländern, 125 von 187 Stimmen; insgesamt 192 Mitglieder hat die Vollversammlung. Mit dem Kompromiss Panama wurde nun ein Land gewählt, das nicht Mitglied des Freihandelsabkommens der USA mit mittelamerikanischen Ländern CAFTA (Central American Free Trade Agreement) ist, und keine besonderen Beziehungen zu Venezuela unterhält. Die Abstimmungen in der UNO-Vollversammlung haben gezeigt, dass Chávez zurzeit maximal die Hälfte der Regierungen der Welt für seine Interessen gewinnen kann. Die Wahl Panamas ist letztlich eine Niederlage Venezuelas.

Nur im Zusammenhang mit den Kooperationen, die sich im Rahmen anderer Bündnisse wie dem Mercosur ergeben, kann die grundsätzliche soziale Haltung, die in ALBA gilt, sich gegen die von den USA beabsichtigte Einkreisungspolitik behaupten, die Eigenständigkeit bewahren bzw. erreichen und den Plan einer imperialistischen Freihandelszone der USA ALCA/FTAA (ALCA – Área de Libre Comercio de las Américas bzw. Área de Livre Comércio das Américas bzw. oder FTAA – Free Trade Area of the Americas) für den gesamten Kontinent Amerika verhindern. ALBA ist ausdrücklich gegen die gesamtamerikanische Freihandelszone ALCA/FTAA gerichtet, aber die Regierung Venezuelas ist sich dessen bewusst, dass ALBA allein nicht ausreicht, um dem US-amerikanischen Einfluss wirksam zu begegnen. Die USA üben starken Einfluss auf Mexiko, Peru und Kolumbien aus. Mit Mexiko und Kanada zusammen bilden die USA die Freihandelszone NAFTA (North American Free Trade Agreement), von der vor allem die US-Konzerne profitieren. Mit Kolumbien und Peru schlossen die USA bilaterale Freihandelsabkommen, eine Strategie, die die USA bis zur Bildung einer größeren, möglichst ganz Lateinamerika umfassenden Freihandelszone verfolgen werden. Ganz Mittelamerika, Panama und Belize sind die Ausnahme, haben die USA bereits mit dem Freihandelsabkommen CAFTA (mit El Salvador, Honduras, Nicaragua, Guatemala, Dominikanische Republik, Costa Rica (hier noch nicht ratifiziert)) vereinbart.

Chile hat seit 2003 ein weitreichendes Freihandelsabkommen mit den USA, das als wichtiger Schritt hin zur ALCA/FTAA galt. Chile verpflichtet das Abkommen zu weitgehender Anerkennung von Patent- und Markenrechten und dazu, Kapitalimporte aus den USA unbeschränkt zuzulassen. Chile kann dafür ohne Handelsbeschränkungen Waren in die USA exportieren.

Die Strategie der Regierung Venezuelas ist, gestützt auf den Rohstoffreichtum (Erdöl und Erdgas) Venezuelas, mit moderaten reformistischen und zum Teil radikalreformerischen Schritten den US-Imperialismus auf sanfte Weise herauszufordern. Sie dient auch der präventiven Delegitimierung eines imperialistischen Angriffskrieges.

Noch einmal zusammenfassend, zu dieser Strategie gehört

a) innenpolitisch:

- dem Kapital Gewinne zu entziehen, um es an die Armen umzuverteilen
- gegen die imperialistische Politik der sozialen Grausamkeit gerichtete Maßnahmen vor allem für die Armen insbesondere Gesundheits- und Lebensmittelversorgung bzw. -subventionen durch die Unterstützung der Produktion von Kooperativen und eigenen Verkaufsläden, in denen die Lebensmittel zu niedrigen Preisen angeboten werden, Bildung (Alphabetisierungskampagnen usw.)
- die Enteignung von Kapital gemäß der neuen Verfassung, wenn es sich weigert, die Kapitalanlagen produktiv zu nutzen
- eine Bodenreform, durch die brachliegender Großgrundbesitz umverteilt wird
- den Staatshaushalt durch direkte Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgassektor aufstocken
- die Bildung von kommunalen Räten neben dem etablierten bürokratischen Apparat
- die Unterstützung der Bildung eines neuen Gewerkschaftsdachverbandes gegen den bisherigen sozialdemokratischen und explizit konterrevolutionären Gewerkschaftsverband
- aber eben auch die grundsätzliche Wahrung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln, also Ermöglichung kapitalistischer Verwertung

b) außenpolitisch:

- Kooperationen jenseits der kapitalistischen Zentren, die auf wechselseitigen wirtschaftlichen Interessen und der Sicherung sozialer Grundlagen beruhen
- Handelsvertrag der Völker im Rahmen der ALBA (Bolivarische Alternative für Amerika). Der Handelsvertrag der Völker sieht die Abschaffung der Zölle im Warenverkehr zwischen Venezuela, Kuba und Bolivien vor. Bolivien und Kuba erhalten Erdöl, Diesel und Asphalt zu Vorzugskonditionen aus Venezuela. Venezuela zahlt 130 Millionen US-Dollar in einen Fonds ein, mit dem soziale Projekte finanziert werden sollen und die Wirtschaft Boliviens konkurrenzfähiger gemacht werden soll. Kuba und Venezuela verpflichten sich, Soja aus Bolivien abzunehmen. Kuba schickt ÄrztInnen und LehrerInnen nach Bolivien. Im Rahmen von ALBA erhielt Kuba bereits zuvor 90 000 Fass Rohöl täglich unter dem Weltmarktpreis, das es gegen Devisen auf dem Weltmarkt teurer weiterverkaufen kann. Kuba schickte ÄrztInnen nach Venezuela, ohne dass Venezuela dafür bezahlen muss. Sie sind bereit, in den Elendsvierteln zu wohnen und zu arbeiten und können damit die Bevölkerung wohnortsnah medizinisch versorgen.
- Venezuela will eine Million US-Dollar in die Kokaverarbeitung investieren, damit Arzneimittel aus der Pflanze hergestellt werden können und die legale Produktion in Bolivien ausgeweitet werden kann.
- Der geplante Bau einer Erdgaspipeline von Venezuela und Bolivien über Brasilien bis Argentinien ist ein symbolträchtiges Beispiel dafür, dass eine Pipeline keinem kapitalistischen Zentrum dient, sondern im Gegenteil den Interessen des stärksten kapitalistischen Zentrums, der USA, »entgegenläuft«.

– Export der Verabschiedung vom Prinzip, die eigene Entwicklung eines Nationalstaats zwanghaft in Abhängigkeit von einem oder mehreren kapitalistischen Zentren zu versuchen; Initiierung von Trikont-Trikont-Kooperationen

Innenpolitisch kann sich die so genannte bolivariische Revolution unter der Führung der Regierung Chávez auf eine Basisbewegung in einem Trikontland stützen, in dem die Menschen bereits 1989, nach dem Wegfall der Blockkonfrontation zwischen kapitalistischen Zentren und bürokratischen Kommandowirtschaften, gegen die verschärfte kapitalistische Ausbeutung aufbegehrt haben.

Die Grenzen der Strategie zeigen sich in den Wahlerfolgen der Gegner der Regierung Chávez in Peru (Alán García), Kolumbien (Alvaro Uribe) und Mexiko (Felipe Calderón), alle in diesem Jahr (2006). Diese Länder bleiben dem direkten Diktat der USA unterworfen. Ihre Regierungen und Geheimdienste sind von den USA infiltriert. Außer bei den Präsidentschaftswahlen in Ecuador hat es 2006 keine weitere Verschiebung der politischen Kräfte in den Regierungsapparaten in Süd- und Mittelamerika zu Gunsten Venezuelas gegeben.

Ecuador ist Mitglied des 12 Länder umfassenden Lateinamerikanischen Verbandes für Integration (ALADI, Brasilien, Argentinien, Venezuela, Mexiko, Chile, Kolumbien, Peru, Uruguay, Kuba, Bolivien, Ecuador und Paraguay). Die Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen den USA und Ecuador waren weit voran gekommen, sie liegen aber derzeit auf Eis wegen der Interessenkonflikte zwischen dem US-Konzern Occidental Petroleum (Oxy) und der Staatsfirma Petroecuador. Nachdem am 26. November 2006 der Präsidentschaftskandidat Rafael Correa von der Organisation Alianza País (Bündnis Land), einem Bündnis verschiedener linker Organisationen, die Stichwahl gegen den Großkapitalisten Álvaro Noboa gewonnen hat, könnte Venezuela mit Ecuador einen neuen Verbündeten hinzugewinnen.

Bei dem Konzept der Trikont-Trikont-Kooperationen sucht Venezuela außerhalb Lateinamerikas Bündnispartner wie den offen mörderischen antisemitischen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadineschad. Venezuela nimmt die Förderung dieses mörderischen Antisemitismus hin, um die arabischen Staaten in sein Bündnis Konzept einzubinden.

Die von Venezuela so genannte multipolare Gegenkonzeption zur Hegemonie des US-Imperialismus schließt eine Spalterstrategie mit ein, die sich innerimperialistische Konkurrenz zu Nutzen machen will. Ein Beispiel dafür ist, dass Venezuela einen bedeutenden Teil seiner Devisenreserven inzwischen vom Dollar in Euro verschoben hat.

Innerhalb Lateinamerikas zog Venezuela aus der Kollaboration Perus und Kolumbiens mit den USA, die bilaterale Freihandelsverträge mit den USA unterzeichnet hatten, die Konsequenz und Venezuela verließ die so genannte Andengemeinschaft CAN (Comunidad Andina) mit Kolumbien, Peru, Ecuador und Bolivien. Positives Gegenbeispiel und ein Erfolg Venezuelas ist es, dass beim Freihandelsbündnis Mercosur (Mercado Común del Sur – Gemeinsamer Markt des Südens) bisher eine gemeinsame Linie gehalten werden konnte insbesondere, als die Mercosurstaaten im November 2005 die Verhandlungen über die imperialistische Freihandelszone ALCA/FTAA (ALCA – Área de Libre Comercio de las Américas bzw. Área de Livre Comércio das Américas bzw. oder FTAA – Free Trade Area of the Americas) gemeinsam scheitern ließen. Verhindert werden muss das Ausbrechen der kleinen Mercosurstaaten Uruguay und Paraguay, die bisher darunter litten, dass Mercosur vor allem durch die Interessen des wirtschaftlich stärksten Mitglieds Brasilien dominiert wurde. Hier arbeitet die Regierung Venezuelas auf einen Ausgleich hin.

Trotz der grundsätzlichen Konflikte zwischen Venezuela und Kolumbien, wurde im Juli 2006 mit dem Bau einer Gaspipeline begonnen, die später bis Panama weitergeführt werden soll.

Venezuelas Strategie ist gegenwärtig der einzige Versuch mit sozialem Anspruch, dem Imperialismus etwas entgegenzusetzen. Dabei sind seine Maßnahmen zwar antiimperialistisch, aber nicht gleichzeitig antikapitalistisch. Die Regierung Chávez hat das Problem, dass sie ihre Bewegung einem institutionalisierten Klassenkampf unterwerfen muss, da eine Revolution – ob gewollt oder nicht – zurzeit nicht möglich ist. Die Regierung bindet sich dabei selbst an die Verfassung. Die Umverteilungspolitik der Regierung in Venezuela kann allerdings umgekehrt sogar zur Stabilisierung des Kapitalismus beitragen, solange die Maßnahmen immanent bleiben. Zudem ist Venezuela im Moment noch von den Erdölexporten in die USA abhängig, wie umgekehrt die USA auf die Importe des Öls aus Venezuela angewiesen sind.

Ein generelles Problem bei der sanften Strategie der bolivarianischen Revolution sind die zu kleinen Schritte und die Abhängigkeit von bürgerlichen Wahlen, die jederzeit bzw. mit jeder neuen Wahlperiode einen vollständigen Rückfall in ungehemmte kapitalistische Bedingungen möglich machen. An seiner Abhängigkeit von Wahlen im bürgerlichen Rahmen zeigt sich der Einfluss der Bedrohung durch den US-Imperialismus. Die Regierung Chávez braucht die Wahlen zur Legitimierung und zur Delegitimierung der Interessen der nationalen Bourgeoisie. International soll so auch der Schutz vor einer imperialistischen Intervention erhöht werden.

Der forcierte »Klassenkampf« auf staatlicher Ebene kann trotzdem nicht zur Abschaffung der Kapitalistenklasse führen und bleibt im ökonomischen Kern sozialdemokratisch. Aber er schafft Freiräume, Entfaltungsmöglichkeiten für humanistische Ziele und Werte. Was Venezuela versucht ist keine Alternative zum Kapitalismus, sondern ein neuer Versuch, ihn zu bändigen. Dennoch eröffnet die Art und Weise und die Vielschichtigkeit, in der dieser Versuch unternommen wird, insbesondere auch die Einbeziehung der Basisbewegungen, eine Chance, für die Entstehung neuer, tatsächlich antikapitalistischer Kämpfe für eine Entwicklung, die über den Kapitalismus und die Regierung Chávez hinausgehen kann.

**Beitrag auf der Bundeskonferenz der Ökologischen Linken
am 9./10. Dezember 2006 in Köln**